

Sybille Bauriedl

Klimapolitik verstärkt globale und soziale Ungleichheiten

Das Jahr 2015 soll als Meilenstein internationaler Klimadiplomatie für eine klimagerechte, nachhaltige Entwicklung in die Geschichte eingehen. Mit Blick auf die Anzahl langfristiger Zielvereinbarungen trifft dies auf jeden Fall zu: Im Juli fand die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba statt; im September wurden in New York die globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG) verabschiedet; im Dezember sollen in Paris beim UN-Klimagipfel (COP 21) internationale Klimaschutzstrategien und -instrumente für die nächsten 15 Jahre festgelegt werden. Diese drei Gipfel-Vereinbarungen sind eng miteinander verknüpft. Die Entwicklungsfinanzierung soll den Weg für die Verwirklichung von Nachhaltigkeits- und Klimazielen ebnen. Auch der G7-Gipfel im Juni 2015 in Elmau wird als Klimagipfel in Erinnerung bleiben, da die Teilnehmer_innen in ihrer Abschlusserklärung eine Dekarbonisierung der Weltwirtschaft verkündeten. Die vollständige Abkehr von fossilen Energieträgern in Industrie, Mobilität sowie Strom- und Wärmeversorgung wäre ein großer Schritt für den Klimaschutz. Nur zwei Wochen später bremste der deutsche Wirtschaftsminister die Dekarbonisierung jedoch aus, indem er mit der Energie- und Kohleindustrie eine sogenannte Kapazitätsreserve vereinbarte und sie damit von Emissionsreduktionen entlastete. Mit dem Argument der Energiesicherheit in Zeiten schwacher Versorgung durch erneuerbare

Energien sollen Arbeitsplätze im Altenergiesektor gesichert werden. Auf diese Förderung der Kohleindustrie reagierten Umweltaktivist_innen mit überregionalen Protestcamps und der Besetzung des Tagebaus in Garzweiler (vgl. die Aktion „Ende Gelände“). Diese und ähnliche Widerstandsaktionen sahen sich mit massiver staatlicher Repression konfrontiert. Gleichzeitig wird in den USA die unkonventionelle Erdgasförderung (Hydraulic Fracturing, kurz Fracking) gegen den Widerstand von der lokalen Bevölkerung und Umweltaktivist_innen an vielen Orten mit Regierungsmacht durchgesetzt.

Wieso ist die internationale Klimaschutzpolitik trotz dieser Widersprüche glaubwürdig vermittelbar? Um dieser Frage nachzugehen, beschreibe ich im Folgenden zentrale Narrative der Klimadebatte, die strukturkonservatives staatliches Klimaschutzhandeln ermöglichen. Die dominanten Beschreibungen und Bearbeitungsformen des Klimawandels sind, so meine These, Teil des Problems anhaltender globaler Erwärmung und blockieren nachhaltige – im Sinne von global und intragenerational gerechten – Lösungen. Die Konservierung des Weltklimas und damit der Schutz der globalen Ökosysteme und der Bevölkerung sind ganz offensichtlich nicht der zentrale Antrieb der Klimapolitik. Und das wird solange so bleiben, bis die kapitalistisch-imperialen Wirtschaftsstrukturen, die die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse verursacht

haben, analysiert und in den entscheidenden Institutionen diskutiert werden.

Klimaschutz steht seit mittlerweile drei Jahrzehnten ganz oben auf der internationalen politischen Agenda. Die notwendige Dekarbonisierung von Industrie und Mobilität wurde jedoch bisher und auch im Gipfeljahr 2015 in die ferne Zukunft verlegt. Das Ziel soll erst am Ende des 21. Jahrhunderts erreicht sein – wenn die Erdöl- und Kohlevorkommen ohnehin abgebaut sein werden. Es bleiben also noch 85 Jahre Zeit. Der Endspurt wird zukünftigen Generationen überlassen.

Während jedes Klimagipfels mahnten die Delegierten und Staatschefs, dass die Zeit zum Handeln knapp sei. Die Botschaft dieser Mahnung war stets: Die Zeit ist zu kurz für die Suche, Erprobung und Analyse alternativer Entwicklungspfade jenseits etablierter Wachstums- und Wohlstandsmodelle. Es hieß immer: Auf die Schnelle helfen nur bewährte Strategien und Instrumente. Positive Ergebnisse für den Klimawandel sind jedoch bisher ausgeblieben. Die globalen Treibhausgasemissionen wurden nicht reduziert, und Menschen in vielen Regionen des Globalen Südens leiden immer stärker unter den Folgen der globalen Erwärmung, des Meeresspiegelanstiegs sowie unter zunehmenden Dürreperioden und Stürmen. Im Rückblick hat sich also das Beharren auf etablierte Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme als Zeitverschwendung erwiesen und die Analyse sozialer und ökonomischer Ursachen des Klimawandels verhindert. Die Warnung vor der drohenden Klimakatastrophe und die Mahnung für schnelle, einfache Lösungen hält dennoch weiter an.

Seit Beginn der internationalen Klimaverhandlungen versuchen das Sekretariat der Klimarahmenkonvention und die Mitgliedsstaaten der Konvention aus dem Globalen Norden, den Klimawandel mit

den gleichen Mitteln zu bekämpfen, die ihn verursacht haben. Die internationale Klimapolitik fußt auf drei Säulen: auf der Technologieentwicklung, auf markt-basierten Finanzinstrumenten sowie auf internationalen Institutionen, die globale Umweltpolitik im Interesse internationaler Wirtschaftseliten betreiben. Das Mittel zum Zweck ist die Inwertsetzung von Natur, die weiterhin Wirtschaftswachstum generieren und gleichzeitig das Klima schützen soll. Diese Ideologie ist in die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen der 1990er Jahre eingepasst, die gekennzeichnet waren von neoliberaler Globalisierung, dem Ende des Kalten Krieges und der Neuordnung globaler Machtgeometrien. Seitdem dominiert eine strukturkonservative, neoliberale und neoimperiale Klimapolitik, die sowohl Nord-Süd-Verhältnisse als auch innergesellschaftliche Wohlstandsgefälle manifestiert und in vielen Fällen verschärft.

Krisendefinition im Anthropozän

Klimawissenschaft und -politik betrachten das Problem des Klimawandels in einem planetarischen Maßstab. Als betroffene Akteure wird die Menschheit bzw. der Anthropos oder das Kollektiv der Erdbevölkerung adressiert; diese haben das Raumschiff Erde und die Regenerationsfähigkeit des Systems Erde zu bewahren sowie die Folgen ihres Handelns in erdgeschichtlicher Dimension in den Blick zu nehmen. Mit dieser „Wir sitzen alle in einem Boot“-Rhetorik wird der Umgang mit dem Klimawandel als Gemeinschaftsaufgabe und als ressourcenökonomische Problematik vermittelt. Die zentralen Narrative dieser Deutung sind die Tragfähigkeitsgrenzen und die drohenden Kippunkte.

Das Argument der Tragfähigkeitsgrenzen der Erde wurde schon 1972 mit der

Studie „Limits to Growth“, basierend auf einer computergestützten Modellierung globaler Bevölkerungsentwicklung und Ressourcenverbräuche, in die Umwelt- und Entwicklungsdebatte eingebracht. Alle Zielsetzungen internationaler Klimapolitik beruhen seitdem auf diesem Argument. Zugespitzt für die Klimadebatte wurde diese Perspektive mit der Studie „Planetarische Grenzen“ (Rockström et al. 2009), die für neun Umweltmedien Grenzen definiert, deren Überschreitung zu einem ökologischen Kollaps des Erdsystems führt. Die sogenannten Kippunkte für Stickstoffkreislauf und Biodiversität sind nach dieser Studie schon erreicht. Das Autorenkollektiv rund um Johan Rockström, Will Steffen, Richard Constanza, Paul Crutzen und Hans Joachim Schellnhuber veröffentlichte in der Zeitschrift *Science* rechtzeitig zum Pariser Klimagipfel eine aktualisierte Fassung ihrer Grenzstudie (Steffen et al. 2015) und stellte diese beim Weltwirtschaftsforum in Davos vor. Die Beteiligten, überwiegend Naturwissenschaftler_innen, versuchen mit ihren Diagnosen, die Notwendigkeit und die Dringlichkeit politischen Handelns zu begründen. Ihre naturwissenschaftlichen Erkenntnisse verbinden sie mit alarmierenden Botschaften: „Das Raumschiff Erde hat keinen Notausgang“ (Crutzen et al. 2011). Die Forschung zu Tragfähigkeitsgrenzen wird vorangetrieben von europäischen Erdsystemwissenschaftler_innen (International Geosphere-Biosphere Program, Stockholm Resilience Centre, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung), die sich an der Grenze zwischen Wissenschaft und Politik bewegen. Als leitende Autor_innen der IPCC-Berichte (Intergovernmental Panel on Climate Change) liefern ihre Argumente und Begriffe die Grundlagen internationaler Klimapolitik.

Das Argument der planetarischen Grenzen ist eng verknüpft mit der Definition

eines neuen geologischen Zeitalters, des Anthropozäns. Vom Anthropozän sprach als Erster der Chemienobelpreisträger und ‘Entdecker’ des Ozonlochs Paul Crutzen in einem viel zitierten kurzen Artikel in der Zeitschrift *Nature* (Crutzen 2002). Seitdem hat Crutzen mit den gleichen Kolleg_innen, die auch die planetarischen Grenzen bestimmt haben, das Anthropozän populär gemacht (Steffen et al. 2011). Der Begriff bezeichnet ein Zeitalter, in dem der Mensch die globalen Ökosysteme so stark beeinflusst hat, dass dadurch geologische Abläufe verändert werden. In der Klimadebatte wird diese Beeinflussung als positives Argument gewendet. Wer durch technologische Innovationen (Dampfmaschine, Verbrennungsmotor etc.) solche Spuren auf der Erde hinterlässt, der kann diese Kreativität auch dazu einsetzen, den Klimawandel einzudämmen.

Als Antwort auf die geologische Wirkung menschlicher Aktivitäten schlagen die gleichen Wissenschaftler_innen eine nachhaltige, post-fossile Ökonomie vor, die auf technologischen Innovationen, staatlicher Steuerung und globaler Klima-Governance beruht. Schellnhuber hat auch das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung zu Globalen Umweltveränderungen von 2011 „Große Transformation“ als Antwort auf den Klimawandel mitverfasst, in dem genau diese Thesen vertreten werden (WBGU 2011).

Vergessen wird in der Anthropozän-Debatte, dass die Industrialisierung nicht nur die Umwelt geschädigt hat, sondern einen sozialen und institutionellen Strukturwandel sowie globale Ungleichheitsverhältnisse zur Folge hatte, die durch eine technologische Bearbeitung des Klimawandels nicht verändert werden. Der Klimawandel wird als äußerer Feind, als Systemstörung betrachtet. Und auf diese Störung wird mit

dem Versuch der Systemstabilisierung reagiert.

Seit Beginn der Anthropozän-Debatte gibt es Kritik an den Kriterien, die der Definition eines neuen Zeitalters zugrunde gelegt werden, sowie an den Aussagen über den Einfluss des Menschen in der Vergangenheit und in der Zukunft (Löwbrand et al. 2015). Jason Moore (2014) kritisiert, dass die Bestimmung der industriellen Revolution als Beginn des Anthropozäns die Umweltzerstörung in einen unkorrekten historischen Zusammenhang stelle und damit das Verhältnis von Kapital und Macht verdecke. Er schlägt vor, die aktuelle Epoche als „Capitalocene“ zu bezeichnen und die Geburtsstunde auf die Entstehung des englischen und niederländischen Kapitalismus ab 1450 zu datieren, um so die Umweltzerstörung als unvermeidbares Ergebnis des Kapitalismus kenntlich zu machen. Elmar Altvater hat diese Perspektive in die deutschsprachige Kritik der Anthropozän-Debatte übersetzt (Altvater 2013). Die Begriffsdebatte zeigt, dass die Perspektive auf die Abfolge von sozialen Prozessen und Umweltkonsequenzen hart umkämpft ist. Das gilt nicht nur für die Ursachendiagnose, sondern auch für die Lösungsvorschläge zur Vermeidung extremer Auswirkungen des Klimawandels.

Krisenbewältigung durch Inwertsetzung von Natur

Die Klimadebatte ist geprägt von Begrifflichkeiten, die gegensätzliche Interessen der Naturnutzung und des Naturschutzes miteinander versöhnen sollen und sich dabei bestenfalls gegenseitig plausibilisieren: Klimaneutralität, Energiewende, Effizienzrevolution, Biotreibstoffe, Bioökonomie oder klimafreundlicher Konsum sind die Schlüsselbegriffe internationaler Klimapolitik (Bauriedl 2015). Sie lassen

Wirtschaftswachstum und Klimaschutz als vereinbar erscheinen. Begründet wird dieses Harmonisierungsargument mit Kosten-Nutzen-Rechnungen, die einer wirtschaftswissenschaftlichen Logik folgen. Kohlenstoffemissionen bekommen einen Preis und lassen sich mit Investitionen für den Klimaschutz gegenrechnen. So wird Klimaschutz auch ökonomisch rational.

Die Definition von Tragfähigkeitsgrenzen der Atmosphäre erlaubt, die maximal vertretbaren, globalen Treibhausgasemission zu berechnen. Diese Grenzwerte sollen durch die Bilanzierung realer und potenzieller Einsparungen von Treibhausgasemissionen erreicht werden. Alle Grenzwerte basieren auf naturwissenschaftlichen Berechnungen, werden aber nichtsdestotrotz politisch ausgehandelt. Die Vorverhandlungen für den Pariser Klimagipfel konzentrierten sich auf die Festlegung des maximalen Eintrags von Emissionen in die Atmosphäre (350ppm¹ bis 500ppm) und die maximal akzeptable globale Erwärmung (2 Grad bis 3,5 Grad). Alle UN-Staaten reichen für die Klimaverhandlungen nationale Minderungsziele des Kohlendioxid-Ausstoßes ein, die dann aufsummiert werden, um zu sehen, ob es am Ende reicht für einen internationalen Klimavertrag. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung hat eine maximal vertretbare globale Kohlenstoffemission von 35 Milliarden Tonnen Kohlendioxid (CO₂) im Jahr 2015 errechnet, um die sogenannte 2-Grad-Leitplanke nicht zu durchbrechen (Wicke/Schellnhuber/Klingensfeld 2010).

Hinter dieser Grenzwert- und Zielwertdebatte verschwinden die Fragen, nach welchen Kriterien vertretbare Klimawandelfolgen festgelegt werden sollen. Was sagen

1 ppm steht für „parts per million“, d.h. Millionstel.

die Grenzwerte und Zeitkorridore über heutige und zukünftige sozial-ökologische Realitäten aus? Erstmal gar nichts. Die Bilanzierungslogik zielt auf den Einsatz von Effizienztechnologien, die Ausweitung von erneuerbaren Energien und die Etablierung von Kohlenstoffmärkten. Die beim Pariser Klimagipfel verabschiedeten Klimaschutzinstrumente können einerseits als Antwort auf den aktuellen und vor allem auf den prognostizierten Klimawandel betrachtet werden (Bumpus/Liverman 2011: 203) und andererseits als Zugeständnis an internationale Wirtschaftseliten, die auf der Suche nach neuen Finanz- und Absatzmärkten sind.

Die Kyoto-Instrumente von 1997 (Clean Development Mechanism, CDM und Joint Implementation, JI) und der später eingeführte Emissionshandel und Waldschutz (REDD+) haben die Möglichkeit geschaffen, einen Klimaschutz zu entwickeln, der auf Inwertsetzung orientiert ist. Die noch vorhandene Biodiversität der Erde wird in der internationalen Klimapolitik als Naturkapital verstanden, als sich verknappendes Vermögen. Dieses Naturverständnis öffnet die Tür für die Kommodifizierung sogenannter Dienstleistungen des Ökosystems (Alcama et al. 2003). Natur soll in dieser Logik nicht mehr ausgebeutet und verbraucht, sondern „in Wert gesetzt“ werden. Das ist die Grundidee des „grünen Kapitalismus“, der weiterhin unbegrenztes Wachstum verspricht und damit einen Wandel der Konsumgesellschaft unnötig macht. Inwertsetzung von Natur ist jedoch ein Grundbaustein des alten Kapitalismus, meint immer die Unterordnung von Natur unter die Gesetze der Kapitalakkumulation und ist begleitet von sozialen Konflikten (Görg 2016).

REDD+, CDM und andere Instrumente der Klimaschutzkompensation bieten ökonomische Anreize für die

Inwertsetzung natürlicher Ressourcen durch deren Nicht-Verbrauch (z.B. Erhaltung von Regenwäldern als Reservat für Biodiversität und als Kohlenstoffsenke). Die Aufwendungen für den Erhalt dieser Ressourcen im Globalen Süden wird als Dienstleistung an Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen im Globalen Norden verkauft, die damit das Recht erwerben, ihre Emissionen zu neutralisieren. Mit diesen Emissionszertifikaten ist ein neues handelbares Gut geschaffen geworden, das den Globalen Norden und den Globalen Süden durch ein komplexes Zusammenspiel von Technologien, Institutionen und Diskursen verbindet und einen neuen Markt für Energietechnologieunternehmen, Emissionszertifikatedienstleister und Zertifizierer geschaffen hat. Diesen Markt dominieren bisher in der Mehrheit europäische Unternehmen.

Globale Arbeitsteilung des Klimaschutzes

Die Atmosphäre ist ein Gemeinschaftsgut. Jeder kann in ihr Treibhausgasemissionen abladen. Jedoch nehmen Vielverschmutzer Extrarechte zulasten anderer in Anspruch. Die Aufgabe des Klimaschutzes soll dennoch auf alle Schultern verteilt werden. Die „Unsere gemeinsame Zukunft“-Rhetorik suggeriert, dass alle Menschen gleichberechtigte Partner_innen bei der Lösung von Klimaproblemen sind. Das Schlussdokument des „Rio+20“ UN-Gipfels für Umwelt und Entwicklung, „The Future We Want“, benennt an keiner Stelle die historischen und strukturellen Bedingungen von Armut, Ungleichheit und Nicht-Nachhaltigkeit wie zentralisierte Staatsmacht, Kapitalmonopole, Neokolonialismus, Rassismus und Patriarchat. Wer ist aber das kollektive „Wir“, das hier angerufen wird? Und haben alle Teile dieses

„Wir“ die gleiche Zukunft im Sinn? Wohl kaum. Dennoch kommt die Klimapolitik ohne Sozial- und Kolonialgeschichte aus.

Widersprüche globaler und sozialer Ungleichheit verschwinden hinter dem Versprechen einer ökologischen Modernisierung und dem Versprechen globaler Partnerschaften auf Augenhöhe. Die Klimaverhandlungen sind jedoch alles andere als ökologisch förderlich oder ausgeglichen partnerschaftlich. Sie sind gekennzeichnet von Interessenkonflikten bei der Chancen- und Kostenverteilung zwischen Wirtschaft, Staat und Privatpersonen, zwischen Industrie-, Schwellen- und sogenannten Entwicklungsländern sowie zwischen einzelnen Staaten. Das Konsensprinzip der Klimaverhandlungen führt dazu, dass diese Konflikte immer zulasten der schwächeren Staaten entschieden werden. Ein zentraler Kompromiss mit fatalen Folgen ist die Vereinbarung, dass Emissionsreduktion immer dort betrieben werden soll, wo sie am billigsten zu haben ist (also in Entwicklungsländern) und Kohlenstoffbindung dort gefördert werden soll, wo sie am effektivsten ist (also in tropischen Wäldern). Dass Klimaschutz ausgerechnet im Globalen Süden günstiger realisiert werden kann, ist nicht „natürlich“, sondern hat eine Geschichte, und diese wird mit Kompensationszahlungen für Klimaschutzleistungen fortgeschrieben. Diese Vereinbarung hat zu einer spezifischen Geografie globalen Klimaschutzes geführt.

Viele Städte und Unternehmen im Globalen Norden haben sich selbst zur mittelfristigen „Klimaneutralität“ oder „Nullemission“ verpflichtet. Das kann nur funktionieren, wenn sie genug Anbieter_innen von zertifizierten Klimaschutzprojekten finden, mit deren Hilfe sie ihre Emissionen kompensieren können. Dafür müssten heutige Entwicklungsländer

langfristig weit unter ihrem Kohlenstoffbudget bleiben und dort auch 2050 noch billige Arbeitskräfte für den Klimaschutz verfügbar sein. Woher nehmen die Regierungsvertreter_innen der Industriestaaten die Gewissheit, dass in den nächsten 35 Jahren nicht alle Entwicklungsländer zu Schwellenländern geworden sind, mit den entsprechenden Emissions- und Lohnniveausteigerungen? Das Zukunftsbild internationaler Klimapolitik zeigt eine Kontinuität des globalen Wohlstandsgefälles und einen Globalen Süden, in dem großflächiger Anbau von Agrartreibstoffen und großflächiger Waldschutz stattfindet. Damit einher gehen Landnutzungskonflikte zwischen Klimaschutzprojekten und Agrarindustrie auf der einen und kleinbäuerlicher Landwirtschaft auf der anderen Seite.

Diese Konflikte werden im Rahmen der Klimaverhandlungen durchaus thematisiert, Ursache und Wirkung jedoch willentlich verwechselt. Das Post-Kyoto-Abkommen von Paris ist eng verknüpft mit den neuen Nachhaltigkeitszielen. Der Direktor des UN-Umweltprogramms (UNEP), Achim Steiner, stellte den Zusammenhang so dar: „Linking the SDGs, and ultimately policy, with climate mitigation will help countries build the energy-efficient, low-carbon infrastructures of the future and achieve transformational change that echoes the true meaning of sustainable development.“ (Steiner 2015: 4). Klimaschutz wird mit Armutsreduktion gleichgesetzt, ohne Armutsgründe zu benennen. Das ist schon seit einigen Jahren die Prämisse internationaler Entwicklungshilfe, die zur Förderung „klimakompatibler Entwicklung“ geworden ist. Finanzierung von Entwicklungshilfe soll nun immer auch einen positiven Effekt für den Klimaschutz – also einen globalen Beitrag – leisten.

Post_koloniale Machtverhältnisse lassen sich hier gleich dreifach in den Blick nehmen: als historische Bedingung aktueller gesellschaftlicher Naturverhältnisse, Landnutzungsformen und Besitzverhältnisse, als aktuelle Praxis der ökonomischen Inwertsetzung von Natur und Ressourcenausbeutung sowie als diskursive Praktik, durch die Dominanzverhältnisse zwischen dem Globalen Norden und Süden hergestellt und reproduziert werden.

Den Neoliberalisierungscode knacken

Die internationale Klimapolitik suggeriert, dass die richtigen Strategien für den Klimaschutz gefunden wurden und diese nur noch konsequent umgesetzt werden müssten. Die wirkmächtige win-win-storyline beruht auf dem Versprechen, für alle Umweltprobleme flexible und kosteneffiziente Lösungen finden zu können. Weltweit kritisieren jedoch viele Menschen und transnationale Bewegungen dieses Narrativ als nicht nachhaltig und krisenverschärfend. Im September 2014 sind allein in New York beim People's Climate March 300.000 Teilnehmer_innen auf die Straßen gegangen, um von den Delegierten und Regierungsvertreter_innen des UN-Klimagipfels eine umwelt- und menschenrechtsorientierte Klimapolitik zu fordern. Einen Tag später wurde die Kritik noch konkreter vorgetragen, als sich Aktivist_innen der kapitalismuskritischen Klimabewegung mit der Occupy-Bewegung vereinten, um die Wall Street zu besetzen und gegen die Rolle des Finanzkapitals bei der Verschärfung des Klimawandels zu protestieren. Die Kampagnen der transnationalen Klimabündnisse im Vorfeld des Pariser Klimagipfels konzentrieren sich darauf, konkrete Protagonist_innen fossiler Energieproduktion anzuprangern

(climate criminals) und deren Produktion zu stören.

Seit einigen Jahren treiben soziale Bewegungen parallel zum Protest gegen Energiekonzerne und Institutionen internationaler Klimapolitik Diskussionen über Formen der Wertschätzung von Natur jenseits ökonomischer Bewertung voran. Alternativen zu permanentem Wirtschaftswachstum, technologischen Innovationen und Ausbeutungsverhältnissen, die Vielfalt, Integrität und Verbundenheit mit Natur wertschätzen, werden in verschiedenen regionalen Kontexten diskutiert. In Südamerika steht der Begriff „Gutes Leben“ (buen vivir oder sumak kawsay) für die materielle und soziale Zufriedenheit, die nicht auf Kosten natürlicher Lebensgrundlagen realisiert wird. In Europa und Nordamerika ist mit dem Begriff des „Post-Wachstums“ (degrowth, décroissance) in den letzten Jahren eine neue Bewegung entstanden, die alternative Lebensweisen der Selbstversorgung und des Tausches erprobt und gleichzeitig eine Debatte zum Wert von Gemeinschaftsgütern (Commons), Sorgearbeit und Utopien des Zusammenlebens (Konvivialismus) in Gang gesetzt hat.

Diese Beobachtungen zeigen, dass die aktuelle Klimadebatte geprägt ist von Paralleldiskursen. Dem Ideal einer Grünen Ökonomie mit dem Versprechen eines dekarbonisierten Endloswachstums steht das Ideal eines Guten Lebens jenseits von Wachstumsstress gegenüber. Diese Diskurse haben eine zentrale Gemeinsamkeit. Für die Protagonist_innen beider Zukunftsideale gilt der Klimawandel als treibende Kraft dieser Transformation. Dabei wäre eine sozial und global gerechtere Welt auch ohne Meeresspiegelanstieg und Extremwetterereignisse dringend nötig. Eine gesellschaftskritische Klimaforschung sollte sich daher auch mit der

Frage beschäftigen, warum soziale Krisen eine Umweltkatastrophe brauchen, um politisch relevant zu werden.

Literatur

- Alcamo, Joseph et al. (2003): *Millennium Ecosystem Assessment – Ecosystems and Human Well-Being: A Framework for Assessment*, Washington.
- Altvater, Elmar (2013): Wachstum, Globalisierung, Anthropozän. Steigerungsformen einer zerstörerischen Wirtschaftsweise. In: *Emanzipation* 3(1): 71-88.
- Bauriedl, Sybille (Hg.) (2016): *Wörterbuch Klimadebatte*, Bielefeld.
- Bumpus, Adam G./Liverman, Diana M. (2011): Carbon colonialism? Offsets, greenhouse gas reduction, and sustainable development. In: Peet, Richard/Robbins, Paul/Watts, Michael (eds.): *Global Political Ecology*, London/New York: Routledge: 203-224.
- Crutzen, Paul J. (2002): Geology of mankind. In: *Nature* 415: 23.
- /Mastrandrea, Michael D./Schneider, Stephen H./Davis, Mike/Sloterdijk, Peter (2011): *Das Raumschiff Erde hat keinen Notausgang. Energie und Politik im Anthropozän*, Berlin.
- Görg, Christoph (2016): Inwertsetzung von Natur. In: Bauriedl, Sybille (Hg.): *Wörterbuch Klimadebatte*. Bielefeld: 109-116.
- Lövbrand, Eva/Beck, Silke/Chilvers, Jason/Forsyth, Tim/Hedrena, Johan/Hulme, Mike/Lidskog, Rolf/Vasileiadou, Eleftheria (2015): Who speaks for the future of Earth? How critical social science can extend the conversation on the Anthropocene. In: *Global Environmental Change* 32: 211-218.
- Lovins, L. Hunter/Cohen, Boyd (2011): *Climate Capitalism: Capitalism in the Age of Climate Change*. New York.
- Moore, Jason W. (2014): *The Capitalocene. Part I: On the Nature & Origins of Our Ecological Crisis*. www.jasonwmoore.com/uploads/The_Capitalocene_Part_I_June_2014.pdf, Zugriff: 15.9.2015.
- Rockström, Johan et al. (2009): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. In: *Nature* 461: 472-475.
- Steffen, Will et al. (2011): The Anthropocene: From Global Change to Planetary Stewardship. In: *Ambio* 40(7): 739-761.
- et al. (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. In: *Science* 347. URL: www.sciencemag.org/content/348/6240/1217.3.full.pdf, Zugriff: 18.10.2015.
- Steiner, Achim (2015): Reflections. In: *Out Planet – Magazine of the UN Environment Programme*, March 2015: 4-9.
- Wicke, Lutz/Schellnhuber, Hans Joachim/Klingefeld, Daniel (2010): *Nach Kopenhagen: Neue Strategie zur Realisierung des 2^oMax-Klimaziels*. PIK-Report 116, Potsdam.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globaler Umweltveränderungen (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten 2011*. URL: www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation, Zugriff: 15.9.2015.